

## Beschluss des Bundesvorstands

# Die Demokratie schützen wir Demokratinnen und Demokraten nur gemeinsam: Wir sind mehr!

Aufmärsche von Rechtsextremen, AfD, Hooligans und Pegida Seit an Seit, Jagd auf Menschen aufgrund ihres Aussehens, Nazis, die offen den Hitler-Gruß zeigen und eine Polizei, die zeitweise mit zu wenigen Kräften vor Ort ist – die Ereignisse der letzten Tage in Chemnitz zeigen, wie notwendig der Einsatz für die freiheitliche Demokratie und den Rechtsstaat in unserem Land ist. Dass der gewaltsame Tod eines Mannes für Hass und Gewalt instrumentalisiert wird, ist unerträglich. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen des Opfers. Der Fall muss lückenlos aufgeklärt werden.

Die demokratische Zivilgesellschaft ist mehr denn je gefragt. Deshalb ist es beeindruckend, dass sich am vergangenen Wochenende ein breites Bündnis von mehreren tausend Menschen gegen den Hass der Rechtsextremen gestellt hat – und wir sind im Herzen heute Abend in Chemnitz beim Konzert von #wirsindmehr.

Politik ist in der Pflicht, für Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde zu sorgen. Deshalb muss sie die Zivilgesellschaft unterstützen – finanziell, strukturell und durch eigene Präsenz. Sie muss ein Bündnis für Demokratie und Menschlichkeit bilden und demokratische Projekte langfristig tragen – das gilt durch die Bank: Gefragt sind Landesregierungen, Bundesregierung sowie die demokratischen Parteien und Politikerinnen und Politiker. Es geht um das gemeinsame Engagement von Demokraten gegen Menschenfeinde.

Die Sicherheitsbehörden müssen dazu befähigt werden, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen. Dafür sind starke Institutionen und eine demokratische, bürgernahe und gut ausgestattete Polizei essentiell. Langfristig ist eine Reform der Sicherheitsarchitektur und des Verfassungsschutzes angezeigt. Wir brauchen klare, faire Verfahren und zügige Gerichtsentscheidungen, damit der Staat seine Handlungsfähigkeit gewährleisten kann. Entsprechend brauchen Behörden, Gerichte und Staatsanwaltschaften mehr Personal.

Gewaltparolen, Hass und Hetze werden von AfD, Pegida und den Gruppen der Neuen und Alten Rechten im Internet propagiert. Der Staat hat noch keine ausreichende Handhabe gefunden, die Aufrufe zur Gewalt und die Schmähungen von Menschen einzudämmen. Damit das Internet zu einem Raum wird, in dem das Recht geachtet wird, sind bestehende Gesetze – anders als bisher – auch dort konsequent anzuwenden. Dazu müssen die Strafverfolgungsbehörden in die Lage versetzt werden das auch zu tun.

Die Demokratie schützen wir nur gemeinsam. Deswegen braucht es jetzt:

### 1) Eine schonungslose Aufklärung und Aufarbeitung der Vorfälle in Chemnitz

**Polizei und Justiz** müssen aufklären, wie es dazu kommen konnte, dass die rechtsextreme Szene vergangene Woche in Chemnitz zeitweise die Macht über die Straße und über die Informationspolitik der Sicherheitsbehörden übernehmen konnte. Und sie muss daraus schnell die richtigen Konsequenzen ziehen. Rassistische und rechtsextreme Straftaten müssen ab sofort konsequent verfolgt und geahndet werden – auf der Straße, wenn der „Hitler-Gruß“ oder andere verfassungsfeindliche Symbole gezeigt werden, im Netz, wenn dort Hass, Hetze und Volksverhetzung stattfinden, und auch innerhalb von Behörden selbst, etwa wenn Haftbefehle rechtswidrig veröffentlicht werden.

Es muss aufgearbeitet werden, wieso die Ausschreitungen in Chemnitz in der vergangenen Woche trotz Ankündigung überhaupt stattfinden konnten. Die **sächsische Landesregierung** muss klarmachen, dass und wie sie solche Exzesse künftig verhindern will. Die CDU regiert in Sachsen seit 1990 und hat rechtsextreme Vorfälle immer wieder banalisiert und bagatellisiert. Wir erwarten, dass die Landesregierung sich jetzt klar an die Seite der demokratischen Zivilgesellschaft stellt und diese nicht, wie viel zu oft in den vergangenen Jahren, selbst kriminalisiert.

### 2) Starke Institutionen und einen starken Rechtsstaat, die geschützt werden

Wir brauchen eine **starke, demokratische Polizei** – auch und gerade in Sachsen. Das bedeutet mehr Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen in der Fläche, eine bessere Revierstruktur und bessere Präventionsarbeit zur Verhinderung von Radikalisierung. Das heißt Polizist\*innen müssen besser und intensiver geschult werden, wenn es um den Schutz aller Grund- und Menschenrechte, wie z.B. der Pressefreiheit, oder um den Kampf gegen Rassismus geht. Das muss einer der Hauptinhalte der Polizeiausbildung gerade in Sachsen, aber auch überall sonst in der Bundesrepublik werden. Und es heißt: mehr Polizist\*innen mit Migrationshintergrund einstellen und interkulturelle Kompetenzen der Polizist\*innen stärken. Deshalb muss auch die Sparpolitik bei der Polizei, die in den vergangenen Jahren gerade auch in Sachsen verfolgt wurde, ein Ende haben.

Es steht zu befürchten, dass die Ereignisse in Chemnitz als Rechtfertigung für eine weitere Verschärfung des von der sächsischen Landesregierung geplanten Polizeigesetzes genutzt werden – um Handlungsfähigkeit zu demonstrieren und ohne Rücksicht auf rechtsstaatliche Verluste. Auch in anderen Bundesländern werden Polizeigesetze verschärft. Damit werden Bürgerrechte abgebaut. Wir brauchen aber keine Polizeigesetze, die die Grenzen zwischen Geheimdiensten, Militär und Polizei aufweichen. Stattdessen sind Investitionen in die demokratische Befähigung und Ausstattung der Polizei nötig.

Wir setzen uns darüber hinaus für eine Weiterentwicklung der Fehlerkultur innerhalb der Polizei ein, für die anonymisierte Kennzeichnung sowie für unabhängige Polizeibeauftragte – als Ansprechpartner\*innen für Bürgerinnen und Bürger wie für Polizeibeamt\*innen selbst.

Wir können die Sicherheit der Demokrat\*innen und der Demokratie nur gewährleisten mit einer demokratisch ausgebildeten, gut ausgerüsteten, vielfältig zusammengesetzten und bürger-nahen Polizei. Aber auch in **Bildungseinrichtungen, staatlichen Behörden und Verwaltungen braucht** es regelmäßige Weiterbildungen und Schulungen zum Umgang mit Rassismus und rechtsextremen Strukturen.

Die AfD wird gerade als Bundestagspartei mehr und mehr zur Gefahr für unsere Demokratie. Sie radikalisiert sich für alle sichtbar, aber dennoch scheinbar unbehelligt außerhalb der Grenzen unseres Rechtsstaats. Die Partner der Partei, die strukturelle und finanzielle Vernetzung, die politischen Forderungen – die Grenze zum völkisch-rechtsextremen Umfeld löst sich immer mehr auf und war in manchen Teilen wohl nie wirklich vorhanden. Eine **Beobachtung durch den Verfassungsschutz** ist deshalb inzwischen geboten.

Doch hat das Versagen gegenüber dem rechtsterroristischen NSU eines deutlich gemacht: Das Bundesamt für Verfassungsschutz und auch einige Landesämter scheinen dauerhaft auf dem rechten Auge blind und nicht in der Lage zu sein, für die Demokratie gefährliche Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen. Allein die bekannt gewordenen Verfehlungen des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, aus den vergangenen Wochen scheinen diesen Befund erneut zu belegen. Wir wollen die Sicherheitsarchitektur deshalb langfristig grundlegend reformieren und den Verfassungsschutz grundlegend neu aufstellen.

### 3) Eine starke demokratische Zivilgesellschaft und stetige Demokratieförderung

Die wichtigste Säule im Kampf gegen Rechtsextremismus ist eine **starke demokratische Zivilgesellschaft**. Die Mittel für zivilgesellschaftliche Initiativen im Kampf gegen Rassismus und rechte Gewalt müssen daher endlich aufgestockt und verstetigt werden. Wir wollen, dass aus kurzfristigen Projekten gegen Rechtsextremismus langfristige Programme erwachsen. Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt müssen gestärkt werden, genauso wie die bestehenden Exit-Programme für Aussteiger\*innen aus der rechtsextremen Szene.

Die Ereignisse in Chemnitz haben auch gezeigt, dass die Hooliganszene bereits fester Bestandteil der rechtsextremen Szene ist. Diese Verbindungen von Hooligans, Kampfsport und rechter Szene wurden bisher auch von den Sicherheitsbehörden unterschätzt. Wir fordern daher ein bundesweites Programm zu Rechtsextremismus- und Gewaltprävention im Kampfsport, das sich an nicht rechte Kampfsportstudios richtet.

Wir erleben in vielen Bundesländern – vor allem dort, wo die AfD im Landtag sitzt – wie **demokratische zivilgesellschaftliche Organisationen** geschwächt, diffamiert und eingeschüchtert

werden. Teilweise schließt sich auch die CDU diesen Kampagnen der AfD an, wie z.B. in Sachsen-Anhalt. Wir sind solidarisch mit Initiativen wie beispielsweise dem Verein „Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.“ aus Magdeburg, die durch AfD-Kampagnen massiv unter Druck geraten. Sie machen eine enorm wichtige Arbeit für die demokratische Gesellschaft und sollten ihre Energie nicht in aufreibenden Kämpfen um ihre Finanzierung und ihren Fortbestand vergeuden müssen. Wir stellen uns den diffamierenden Kampagnen gegen sie entgegen und fordern alle anderen Parteien auf, sich ebenfalls für diese demokratiestärkenden Organisationen einzusetzen.

Es wird Zeit, dass auch die **Bundesregierung** den erstarkenden Rechtsextremismus ernst nimmt und erkennt, von wem die eigentliche Gefahr für die Demokratie ausgeht. Besonders der für die innere Sicherheit zuständige Bundesinnenminister lässt auch nach über einer Woche eine klare Positionierung zu den Ereignissen in Chemnitz vermissen. Dass Horst Seehofer, der sonst immer der erste ist, wenn es darum geht, Menschen zu verurteilen, über Tage schwieg und dann nur dürre Worte ohne Sinn für die politische Dimension der Chemnitzer Vorfälle fand, ist ein schweres politisches Versäumnis.

Nicht Initiativen und Organisationen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, sollten beobachtet und gegängelt werden, sondern Nazis. Extremismusklauseln, egal ob in Form von Begleitschreiben oder gesetzlicher Vorgaben, schwächen die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechts, anstatt sie zu stärken. Wir fordern deshalb ihre ersatzlose Streichung.

Es ist die Aufgabe aller Demokrat\*innen, den Rechtsstaat und demokratische Institutionen zu schützen. In Brandenburg ist das Land laut Verfassung verpflichtet, rassistischem Gedankengut entgegenzutreten. Daher können beispielsweise rechtsextreme Konzerte etc. leichter verboten werden. Andere Bundesländer, und aufgrund der Dringlichkeit zuvorderst Sachsen, sollten ähnliche Artikel in ihren Landesverfassungen verankern.

Wir müssen **Menschen schützen, die von Rechten bedroht werden**: Migrant\*innen, LGBTIQ\*, Obdachlose und Menschen, die sich gegen Rechts engagieren, werden gezielt von Rechten verfolgt, angegriffen und bedroht. Und aus dem Shitstorm im Netz wird dann häufig eine ganz reale Bedrohung. Wenn Reifen von Autos zerstochen oder die Adressen von Aktivisten im Internet veröffentlicht werden, dann wird demokratische Zivilcourage plötzlich zur Gefahr. Wir wollen, dass Menschen sich in ihrem Engagement für eine demokratische Gesellschaft sicher fühlen können und wir wollen die Polizei vor Ort so gut ausstatten, dass sie Demokrat\*innen schützen kann. Wir wollen massiv gegen die rechtsextreme Verunsicherung vorgehen. Auch Opfer von rechter Gewalt müssen sicher sein und aussagen können. Dafür müssen wir auch sie besser unterstützen – in solch begründeten Fällen dürfen Menschen zum Beispiel nicht einfach abgeschoben werden. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass es gefährlich ist, sich Rechtsextremen entgegenzustellen. Auch deshalb ist es zentral, dass die Polizei in der Lage ist, Demonstrationen abzusichern.

Wir unterstützen den Aufruf der Initiative #unteilbar für eine vielfältige, freie und solidarische Gesellschaft, der von einem breiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen getragen wird. Wir rufen dazu auf, an der #unteilbar Demo am 13. Oktober 2018 in Berlin teilzunehmen.

#### 4) Gemeinsames Handeln gegen Hass im Netz

Meinungsfreiheit gilt auf der Straße wie im Netz. Vor Menschen, die Distanz oder gar Gegnerschaft zur Verfassung predigen, muss die Demokratie sich aber schützen. Die Meinungsfreiheit findet ihre Grenzen in den Rechten der anderen und in der verfassungsmäßigen Ordnung – auf der Straße wie im Netz. Gerade, weil Rechtsradikale und Rechtsextremisten das Netz gezielt für ihre Zwecke benutzen und darauf setzen, dass Polizei und Staatsanwaltschaft hier heillos überfordert sind. Gerade hier ist deshalb klare Kante gefragt: Niemand darf allein gelassen werden, wenn er zum Beispiel für sein Engagement für die Gesellschaft beleidigt und bedroht wird. Niemand darf sich sicher dabei fühlen, wenn er andere menschenverachtend beschimpft, zur Gewalt aufruft oder sich volksverhetzend äußert.

Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass **Internet und Social Media** nicht weiter als Turbo für Volksverhetzung und die schnelle Mobilisierung zum Hass wirken können. Menschen, die sich volksverhetzend äußern oder andere mit Mord- und Vergewaltigungsfantasien bedrohen, sollen endlich konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Wir brauchen keine neuen Gesetze und keine Verschärfung, sondern eine konsequente und schnelle Durchsetzung der bereits bestehenden Strafgesetze und Schutzvorschriften. Dazu braucht es mehr qualifiziertes Personal – bei Polizei und Staatsanwaltschaften. Facebook darf kein Fremdwort für den Staatsanwalt sein. Schwerpunktstaatsanwaltschaften gegen Hetze im Netz können in den Ländern sinnvoll sein. Das Bundesamt für Justiz sollte sie durch eine gemeinsame Ermittlungsgruppe unterstützen.

Große Anbieter sozialer Netzwerke müssen deshalb ihrer Verantwortung nachkommen und offensichtlich strafrechtswidrige Inhalte umgehend nach Kenntnis und Prüfung löschen. Gerichte und Strafverfolgungsbehörden müssen gemeldete Fälle konsequent verfolgen und entsprechend personell ausgestattet und technisch geschult werden. Gegen eine anonyme Beeinflussung der politischen Meinungsbildung insbesondere bei Kampagnen und Wahlkämpfen fordern wir eine klare Absenderkennzeichnung bei kommerzieller Werbung.

Zivilgesellschaftliche Einrichtungen, die sich für Monitoring und Aufklärung engagieren und die strafbaren Meinungsäußerungen im Netz, Radikalisierung und Verrohung der Debattenkultur entgegenreten, sollen stärker finanziell gefördert werden.